



Überwältigendes Ergebnis für Bürgerbegehren "Gerechte Abgaben"

Mitglieder des Vorstandes der Bürgerallianz für gerechte und bezahlbare Abgaben präsentierten mit Freude in Eisenach das Ergebnis der Sammlung von Unterstützerunterschriften im Land Thüringen. Foto: Heiko Kleinschmidt

Das Vierfache ist sicher, mit dem Fünffachen wird gerechnet. Peter Hammen, Thüringens Landesvorsitzender der "Bürgerallianz für gerechte und bezahlbare Abgaben" sowie Vertrauensperson für das Volksbegehren verkündete jetzt zur Vorstandssitzung in Eisenach: "Ich habe mit so einem großartigen Ergebnis nicht gerechnet."

Eisenach/Schmalkalden. 23 064 Unterstützerunterschriften wurden thüringenweit geleistet, 5000 waren erforderlich. So das vorläufige Ergebnis der Auszählung der Unterschriftensammlung. Berücksichtigt man die Zahl der Wahlberechtigten, dann erreichte die Stadt Eisenach mit 855 Unterschriften den zweiten Platz. "Jetzt gehen wir in die zweite Runde des Begehrens. Die Logistik ist zu verbessern", so Peter Hammen und versicherte, dass es noch Potentiale gibt. Außerdem: "Lasst uns den Mohring-Faden aufnehmen und seine Aussagen ernst nehmen." Mohring (CDU) äußerte sich zu einer neuen Abwasserpolitik und will die Beiträge senken. Auch mit dem Thüringer Innenminister will man ins Gespräch kommen.

Anliegen der Bürgerallianz ist es, gerechte Kommunalabgaben bei Abwasser und dem Straßenausbau zu erreichen. Sechs Wochen wurden die Unterstützerunterschriften gesammelt, nun kann der Antrag für das Bürgerbegehren gestellt werden. Zuvor überprüft das Innenministerium die Listen. Es ist davon auszugehen, dass selbst bei einigen formellen Problemen ausreichend Unterschriften vorhanden sind, zumal noch nicht mal alle Listen ausgezählt werden konnten.

Dann muss die Landtagspräsidentin entscheiden, ob sie das Begehren zulässt. Noch bis zum Ende des Sommers wird damit gerechnet. Kommt ein Ja von der Präsidentin, dann hat die Allianz vier Monate Zeit, die erforderlichen 180 000 Unterschriften zu sammeln. Sollte dies gelingen, dann muss die Landesregierung entscheiden, ob sie diese anerkennt und die Gesetze ändert. "Ist dies nicht der Fall, dann bleibt der Weg eines Volksentscheids", erklärte Peter Hammen. Er ist aber zuversichtlich.

Heiko Kleinschmidt / 12.08.11 / TA